

• 18. Mai. 2013, 17:39

Diesen Artikel finden Sie online unter
<http://www.welt.de/109096762>
Die Welt 08.09.12

Suchtexperten gegen liberalere Drogenpolitik

Fachleute im Norden lehnen mehrheitlich eine Erhöhung der straffreien Cannabis-Freimenge ab Von Rüdiger Finke

Eine Mehrheit der Drogenexperten in Schleswig-Holstein lehnt die Überlegungen der Landesregierung für eine liberalere Drogenpolitik im Norden weitgehend ab. Die Koalition aus SPD, Grünen und SSW hatte unter anderem mit Plänen für eine Erhöhung der straffreien Menge von Cannabis heftige Kritik ausgelöst. 88 Prozent der Experten für Sucht- und Drogenfragen haben sich gegen eine größere Menge für den Eigenbedarf von sogenannten weichen Drogen ausgesprochen. Dies geht aus der Stellungnahme der Landesstelle für Suchtfragen (LSSH) hervor, die am Freitag vorgestellt wurde. Die Landesstelle bewertet darin neben einer höheren Bagatellgrenze auch Überlegungen der Regierung zu Drogenkonsumräumen und Möglichkeiten eines "Drogen-TÜV", mit dem Rauschgiftkonsumenten ihre Stoffe auf deren Zusammensetzung überprüfen lassen können.

Wie das Gesundheitsministerium in Kiel am Freitag mitteilte, wurden in der landesweiten Umfrage zur künftigen Drogenpolitik 66 Fachleute aus 49 Einrichtungen der Suchtarbeit um ihre Bewertung gebeten. Bei einer höheren Cannabis-Freimenge befürchteten die meisten Fachleute als negative Effekte, dass die Droge verharmlost wird. Weiter werde mit einem Anstieg des Konsums und "einer Kontraproduktivität zu präventiven Bemühungen" gerechnet, heißt es in der Stellungnahme des LSSH. Für die Einrichtung von Räumen, in denen sich Süchtige unter Aufsicht Heroin spritzen können, sehen die Experten in Schleswig-Holstein mehrheitlich "keinen Bedarf". In solchen Räumen, die es zum Beispiel in [Berlin](http://www.welt.de/themen/berlin-staedtereise/) (Link: <http://www.welt.de/themen/berlin-staedtereise/>) und Frankfurt gibt, sollen Süchtige die Möglichkeit haben, Heroin unter besseren hygienischen Bedingungen zu spritzen und damit Gesundheitsgefahren zu verringern.

Geteilt ist die Meinung zum Thema "Erprobung von Drug-Checking". Gut die Hälfte der Fachleute betrachtet diesen "Drogen-TÜV" zwar als sinnvoll. Doch 43 Prozent befürchteten nach den Angaben des Gesundheitsministeriums auch hier negative Effekte wie eine Verharmlosung von Drogen und größeren Konsum. Dies hätte wiederum mehr Suchtkranke zur Folge.

Die Landesregierung will mögliche neue Wege in der Drogenpolitik weiter prüfen. "Die Stellungnahme der LSSH wird dabei mit einbezogen", sagte Gesundheitsministerin Kristin Alheit (SPD) am Freitag. "Oberste Priorität in der Drogenpolitik ist es, ein drogenfreies Leben zu fördern." Alheit betonte weiter, die Koalition habe das Ziel einer bundesweit einheitlichen Regelung der Drogenfreigrenze. "In 13 Bundesländern gilt derzeit die Grenze von sechs Gramm".

Vordringliche Aufgabe in der Drogenpolitik sei es, ein möglichst niedrigschwelliges Präventionsangebot zu ermöglichen. Darin seien sich alle Beteiligten einig, und dies werde auch durch die Stellungnahme der Landesstelle bestätigt. Die Ministerin kündigte an, dass bei den weiteren Prüfungen neben den Suchtexperten auch die Justiz und die Kommunen einbezogen werden sollen.

Unlängst hatte Ex-Justizminister Uwe Döring (SPD) die Überlegungen der Koalition kritisiert. Er verteidigte die von ihm auf sechs Gramm gesenkte Cannabis-Freimenge und nannte eine Erhöhung ein falsches Signal.

© Axel Springer AG 2013. Alle Rechte vorbehalten